



Medienmitteilung 14. Dezember 2018

Organisation der Schulführung

Ausbau der Gemeindeautonomie geht in die falsche Richtung

Der Regierungsrat schlägt in einer Gesetzesvorlage mehr Freiheiten bei der Organisation der Schulführung vor. Der ZLV spricht sich dagegen aus – er befürchtet, dass sich die Volksschule je nach Gemeinde künftig sehr unterschiedlich entwickeln könnte. Hingegen begrüsst der Lehrpersonenverband, dass die Regierung davon absieht, die Schulleitungen zu kommunalisieren.

Der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband (ZLV) begrüsst, dass die Schulleitungen nicht kommunalisiert werden. Es ist wichtig, dass auch künftig in allen Gemeinden die gleichen Anstellungsbedingungen und Lohnmodelle gelten. Es würde sonst immer schwieriger, eine sich je nach Finanzkraft der Gemeinde anders entwickelnde Volksschule zu führen. Es ist daher erfreulich, dass der Regierungsrat das negative Resultat der Vernehmlassung akzeptiert.

Die im Gesetzesentwurf weiterhin vorgeschlagenen Ausbauschritte der Gemeindeautonomie in der Schulorganisation sieht der ZLV mehrheitlich skeptisch. Unterschiedliche Regelungen und Rahmenbedingungen von Gemeinde zu Gemeinde erodieren die Idee der Volksschule für alle. Gewisse Tendenzen in diese Richtung sind bereits heute feststellbar.

Schulpflege muss nahe am Schulalltag sein

Die vorgesehene Schaffung neuer Hierarchiestufen zwischen Schulleitung und Schulpflege beurteilt der ZLV ebenfalls kritisch. Jede neue Hierarchiestufe generiert zusätzliche Aufgaben und Kosten. Zudem sollte vermieden werden, dass sich die Schulpflege zu sehr vom Unterrichtsgeschehen zurückzieht und so entfremdet. Erfahrungen aus dem Schulalltag helfen, wichtige strategische Entscheidungen an der Realität auszurichten. Für den ZLV ist darum auch klar, dass die Schulpflege weiterhin regelmässig Schulbesuche durchführen sollte und massgeblich in den Prozess der Mitarbeiterbeurteilung eingebunden sein muss.

Ansprechperson für Medien

Christian Hugli, Präsident ZLV, 076 580 70 97